

# mittendrin

Ausgabe 12 / 2020 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Das Jahr 2020 – was haben wir trotz Corona erreicht?

**I**m politischen Rückblick auf das Jahr 2020 wird neben der Corona-Pandemie ganz sicher der Mietendeckel einen besonderen Platz einnehmen. Auch wenn wir noch nicht wissen, ob er vor den Gerichten standhält, so erleben die Berliner\*innen schon jetzt, dass ständig steigende Mieten kein Naturgesetz sind, sondern man ihnen politisch Einhalt gebieten, ja sogar sie absenken kann. Diese Erfahrung lässt sich nicht rückgängig machen.

Das gilt auch für das Vorkaufsrecht für Häuser in Milieuschutzgebieten. Wie wichtig es ist, dass wir hier weiterhin handlungsfähig sind, zeigte sich gerade erst wieder in der Auseinandersetzung mit dem schwedischen Immobilienkonzern Heimstaden. Nur angesichts der Drohung, das bezirkliche Vorkaufsrecht auszuüben, war der bereit in Abwundungserklärungen weitreichenden Mieterschutz zuzusichern.

Dauerhaften Schutz bietet aber vor allem ein starker öffentlicher Sektor. Daher haben

die kommunalen Wohnungsunternehmen auch 2020 Bestände erworben, wie jüngst am Mehringplatz. Deshalb haben wir einen Bodenfond eingerichtet, mit dem Berlin Grundstücke für soziale und kulturelle Infrastrukturen ankauft. Auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge geht es voran. Angesichts jahrelangen politischen Drucks aus dem Parlament und von der Straße will Vattenfall nun doch das Stromnetz wieder an Berlin übergeben.

Im innenpolitischen Bereich gelang es, den gordischen Knoten zu zerschlagen. Berlin bekommt jetzt endlich eine unabhängige Polizeibeauftragte, an die sich Bürger\*innen, aber auch Polizist\*innen direkt bei Problemen wenden können. Mit dem Versammlungsfreiheitsgesetz stärken



Carsten Schatz, Vorsitzender der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

wir dieses Grundrecht und mit dem neuen Abstimmungsgesetz sorgen wir dafür, dass Volksbegehren nicht mehr durch den Senat verschleppt werden können. Beim

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Spekulation mit Wohnraum in der Habersaathstraße

Seit Jahren stehen 85 nutzbare Wohnungen in der Habersaathstraße leer. Der Eigentümer möchte die Häuser abreißen und durch luxuriöse Eigentumswohnungen ersetzen. Wohnungslose Menschen besetzten einen Teil des Leerstandes, um auf diesen Skandal hinzuweisen.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Horrende Mieten verschärfen Wohnungsnot in Mitte

Die im Bezirk angebotenen Wohnungen sind zu teuer und nicht leistbar. Gerade die Groß-Inverstoren treiben die Mieten nach oben. Und ihnen gehören die Hälfte der Mietwohnungen in der Stadt. Rainer Scholz belegt diese Entwicklung und beleuchtet Hintergründe.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

### 22-jährige Fränkin mit linken Vorsätzen in Wedding

Martha Kleedörfer ist aus Franken nach Berlin gekommen, nicht nur um hier Politikwissenschaften an der FU zu studieren. Sie will diese auch umsetzen und aktiv die Interessen der Berliner\*innen unterstützen, ob bei Karstadt oder der Charité.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten, liebe Leserinnen und Leser der „mittendrin“, wir wünschen eine friedliche und erholsame Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2021!

**Bleibt gesund und seid herzlich begrüßt**

Bezirksvorstand, BVV-Fraktion und die Redaktion der „mittendrin“

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr und Do. bis 19 Uhr

**Blick aus dem Amt**

## Jugendliche und Stellen zusammenbringen

**A**m 14.11. jährte sich die Gründung der Berliner Jugendberufsagentur (JBA) und die Eröffnung des bezirklichen Standortes zusammen mit dem Jobcenter in der Lehrter Straße. Doch in Zeiten der Pandemie ist kein Raum, um den Geburtstag zu feiern, sondern alle Aufmerksamkeit gilt der schwierigen Situation, in der sich junge Menschen auf dem Weg in die Berufswelt befinden.

In 2019 konnte man sich noch über die gestiegenen Beratungszahlen freuen: insgesamt hat die JBA an den verschiedenen Standorten zu 27.000 Jugendlichen Kontakt aufgenommen – allein durch Methoden der Straßensozialarbeit zu über 10.000 jungen Menschen, die keinerlei Kontakte mehr zu Bildungs- und Beratungsmaßnahmen hatten.

Auf Grund von Covid-19 war in 2020 nun die größte Frage, wie überhaupt Kontakt möglich ist. Wichtige Veranstaltungen und Messen, wie bspw. die Last-Minute-Börse, entfielen. Seit März war ein Zugang in der JBA

nicht mehr möglich. Beratungen erfolgten nur telefonisch oder schriftlich. Im Rahmen des Regionalen Koordinierungsausschusses plädierte ich gegenüber Jobcenter und Berufsagentur regelmäßig dafür, dass der



persönliche Kontakt und Austausch bei vielen Jugendlichen eine nicht ersetzbare Form ist. Nur so werden Bedarfe deutlich, können Hemmnisse abgebaut und Unterstützung sinnvoll und zielgerichtet geplant und umgesetzt werden.

Die Lage auf dem Berliner Ausbildungsmarkt ist coronabedingt schwieriger als in den vergangenen Jahren. Sowohl bei den

Unternehmen als auch bei vielen Jugendlichen ist die Verunsicherung groß. Mit schlechtem Schulabschluss war es schon früher schwierig, doch die Pandemiesituation potenziert nun die Benachteiligung. Wichtig denn je ist daher das „Matching“ zwischen Ausbildungsbetrieben und potenziellen Bewerbenden.

Auf mein stetes Drängen hin wurden pandemiegerechte Kontaktbüros für die JBA eingerichtet und seit Juli können wieder persönliche Beratungsgespräche angeboten werden. Das kann nur ein Zwischenstand sein. Neue Beratungsformen müssen entwickelt und genutzt werden (Chatformate, sukzessiver Aufbau von Videoberatung, aber auch virtuelle Formate von Ausbildungsmessen). Der Austausch mit Jobcenter und Agentur geht weiter, denn bis zum nächsten JBA-Geburtstag darf uns kein junger Mensch „verloren“ gehen.

**Ramona Reiser**  
Stadträtin für Jugend, Familie  
und Bürgerdienste

**Aus der BVV**

## BVV schafft Tagesordnung nicht unter Coronabedingungen

**A**m 5.11.2020 tagte die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte in der Aula der Max-Taut-Schule in Berlin-Lichtenberg. Die Aula ist groß genug, um den Mindestabstand zwischen den 55 Verordneten und den Stadträten zu gewährleisten. Die BVV tagte aber nur bis 22 Uhr, weil die Räume nicht länger zur Verfügung standen.

Es gab eine strikte Zeitplanung mit vorgegebenen Zeitfenstern für Anfragen, Anträge, Entschließungen und Beschlussempfehlungen. Dies führte dazu, dass viele Anträge der Linksfraktion nicht behandelt werden konnten und auf die nächste Versammlung verschoben werden mussten.

So wurden die Anträge und Anfragen zu den Vorgängen in der Habersaathstraße nicht behandelt, wo die Polizei Obdachlose aus einem leerstehenden Wohnhaus geräumt hat. Auch wurde der Antrag zum Erhalt der Friedensstatue am Unionsplatz nicht behandelt.

Da die Räumung der Friedensstatue ausgesetzt wurde, bis die Gerichtsverhandlung vorbei ist, ist das zum Glück nicht zeitkritisch und es reicht, wenn der Antrag in einer der nächsten BVVen behandelt wird.

Dafür konnte die Linksfraktion Anträge zum Sport durchbringen. Die BVV stimmte einem Antrag zu, in dem die Zustände am Poststadion verbessert werden sollen. Am Poststadion gibt es viele kleinere Probleme wie Vandalismus, Vermüllung, kaputte Spielplätze und fehlende Flutlichtanlagen, die jetzt behoben werden. Mit Stand 20.11.2020 sollen im Januar 2021 die Flutlichtmasten installiert werden und der Berliner AK kann in der Regionalliga verbleiben. Dem Sportverein drohte nämlich der Lizenzverlust, weil das Stadion keine Flutlichtanlage hatte. Das Problem war dem Bezirksamt schon länger bekannt, aber erst auf Drängen des Sportausschusses wurde endlich reagiert.

Leider stimmten in der November-BVV SPD, CDU, AfD und Piraten gegen eine kulturelle Nachnutzung des bald schließenden U-Bahnhofes „Französische Straße“. Damit verhindern sie, dass überhaupt geprüft wird, ob hier ein neuer einzigartiger Kulturort hätte entstehen könne. Das ist schade.

**Andreas Böttger**  
Geschäftsführer der Linksfraktion  
Berlin-Mitte

**Die Linke – Fraktion in der BVV  
Mitte von Berlin**

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache** im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.  
Telefon: 901 82 45 65  
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

# Skrupelloses Spekulieren in der Habersaathstraße

**V**ielleicht ist es legal, was der Eigentümer des Wohngebäudes Habersaathstraße 40-48 treibt. Auf jeden Fall ist es im höchsten Maße unmoralisch und zeigt einmal mehr wohin es führt, wenn man den Wohnungsmarkt dem freien Markt überlässt.

Aus rein spekulativen Gründen stehen 85 Wohnungen von insgesamt 106 in dem Gebäude seit Jahren leer, mitten in Berlin, der Stadt der Wohnungsnot. Der Eigentümer plant Abriss und Ersatz durch luxuriöse Eigentumswohnungen. Die Mieten in den wenigen noch bewohnten Wohnungen sind günstig. Die leerstehenden Wohnungen sind im guten Zustand und sofort nutzbar.

So lange wie es den Leerstand gibt, so lange kämpft eine Bewohnerinitiative dagegen an und schützt das Haus vor Vandalismus. Die stadtweite Solidarität ist groß. Das Haus wurde mittlerweile zum Symbol für den Kampf gegen Leerstand, Spekulation und Mietenwahn.



Wohnhaus Habersaathstraße 40-48

Doch am 30.10.2020 war der Gegner übermächtig. Noch warm von der Räumung der Liebigstraße setzten viel zu viele Polizisten der

gesundem Menschenverstand und Herz kann das verstehen. Die friedliche Aktion fand viel Sympathie und Unterstützung bei Nachbarn,

wohnungspolitischen Initiativen und in Teilen der Politik. Nicht jedoch bei der Berliner Innenverwaltung und der Polizei. Die Räumung der Wohnungen ließ nicht lange auf sich warten. Sie verlief brutal, unverhältnismäßig, zerstörerisch und hinterließ zutiefst geschockte und verstörte Nachbarn. Wohnungslose bleiben wohnungslos.

Die Polizei schützt einmal mehr asoziale Spekulanten. Da stimmt was nicht. Der Grundsatz, Eigentum verpflichtet, wird hier ausgehebelt und pervertiert.

DIE LINKE in Mitte solidarisiert sich mit den Bewohner\*innen. In der BVV hat die Linke Fraktion den Fall mehrfach thematisiert und fordert in einem Antrag in der Dezember-BVV die sofortige Wiedervermietung der Wohnungen. **Sven Diedrich**

## Abschlussjahrgang 2020 ohne Ausbildung?

**O**bwohl das Ausbildungsjahr schon am 1. September begann, sind derzeit noch viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Eine Umfrage der IHK Berlin unter 420 Ausbildungsbetrieben kam schon im Juni 2020 zu dem traurigen Ergebnis, dass jeder sechste Ausbildungsplatz „coronabedingt“ wegfallen könnte.

Dabei war die Situation für Auszubildende in Berlin schon vor Corona besonders angespannt. Trotz Fachkräftemangel war Berlin das einzige Bundesland, in dem die Anzahl der angebotenen Ausbildungsstellen kleiner war als die Anzahl der Bewerber\*innen.

Die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit der Jugendberufsagenturen wurde nach längerer Schließung mit „coronabedingten“ Einschränkungen endlich wieder aufgenommen. Aber es fanden im Frühjahr und im Sommer

so gut wie keine Ausbildungsmessen statt. Wegen Corona hatte laut IHK nur noch die Hälfte der Ausbildungsbetriebe persönliche Vorstellungsgespräche geführt.

Im Vergleich zum vorangegangenen Jahr blieb in Industrie und Gesundheit/Pflege die Zahl der Ausbildungsplätze fast gleich, aber in der Bauwirtschaft werden noch 90% und im Handel nur noch 80% der Ausbildungsplätze angeboten. Bei den von Corona besonders betroffenen Bereichen Gastronomie, Beherbergungsgewerbe und Medien brach in diesem Jahr die Ausbildung regelrecht weg. Bei den Medien reduziert sich die Ausbildung auf die Hälfte und in der Gastronomie auf ein Drittel des Vorjahres. Jetzt sollten Land und Bezirke durch kurzfristige Ausweitung der Ausbildung im öffentlichen Dienst und überbetriebliche

Ausbildung möglichst gegensteuern, um den jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Auch Studierende sind von den Auswirkungen von Corona massiv betroffen.

Besonders den Erstsemestern, die zum Studium nach Berlin gekommen sind, fehlen die sozialen Kontakte zu den Mitstudenten. Lernen ist ein komplexer Prozess, der nicht nur von den Lehrenden ausgeht, sondern auch stark über die Mitlernenden stattfindet. Deshalb sind Online-Kurse kein gleichwertiger Ersatz.

Hoffentlich führen die Eindämmungsstrategien gegen Corona zum Erfolg, und bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 2021 gibt es ausreichend Impfstoff für alle, dass dann die Vermittlung in Ausbildung „normal“ erfolgen kann. **Thomas Licher**

Fortsetzung von Seite 1: Das Jahr 2020 – was haben wir trotz Corona erreicht

Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) folgen wir nicht dem bundesweiten Trend zu mehr Verschärfungen, sondern schützen Bürger\*innen vor allzu weitgehenden Eingriffsrechten der Polizei. Nicht unerwähnt bleiben soll auch das Landesaufnahmeprogramm Berlins für Geflüchtete von

den griechischen Inseln, mit dem Berlin das Engagement von Bewegungen wie der „Seebücke“ unterstützt. Ebenso die 1. Nacht der Solidarität, in der viele Berliner\*innen sich mit den Problemen obdachloser Menschen auseinandersetzten und die wir 2021 wiederholen werden. All das und vieles mehr zeigt:

wir haben auch unter den Bedingungen der Pandemie Kurs gehalten, uns gemeinsam mit den Berliner\*innen die Stadt zurückzuholen. Lasst uns also selbstbewusst ins Wahljahr 2021 gehen!

**Carsten Schatz**  
Vorsitzender der Linksfraktion  
im Berliner AGH

**Menschen in Mitte**

# Martha Kleedörfer – Aus Franken nach Mitte für die Interessen der Lohnabhängigen

**M**artha Kleedörfer will in der Politik arbeiten, linke Ideen in die Gesellschaft tragen. Dafür ist die gebürtige Fränkin vor drei Jahren nach Berlin gekommen. „Ich wollte dort sein, wo die Politik besonders interessant ist“, sagt



Martha Kleedörfer

die 22-jährige Studentin der Politikwissenschaften an der Freien Universität. Zuvor schon war sie Mitglied des Kreisverbandes der DIE LINKE der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg in Bayern geworden. Heute ist sie Sprecherin der 80 Mitglieder der Basisorganisation (BO) Wedding und stellvertretende Vorsitzende des Linkstreffs in der Malplaquetstraße.

„Hier in Mitte habe ich schon ein bisschen mitmischen können“. Sie demonstrierte mit den Mitarbeiter\*innen des Karstadt-Kaufhauses in der Müllerstraße, tauschte sich dabei mit Verdi-Leuten aus. Im Kampf um

einen Tarifvertrag für die Angestellten des Charité Facility Managements sprach sie mit den Streikenden vor dem Virchow-Klinikum. „Wir müssen die Lohnabhängigen in unserem Bezirk unterstützen, ob Pflegekräfte, Verkäufer\*innen, Busfahrer\*innen oder die Fabrikarbeiter\*innen bei Siemens“, nennt sie ihr Anliegen. „Die Reichen verdienen an der Krise. Gleichzeitig verlieren viele, die sowieso bereits unter hohen Mieten und Lebensunterhaltungskosten leiden, ihre Jobs, sind monatelang in Kurzarbeit oder bekommen noch weniger Geld. Wir Linken haben für 95 Prozent der Menschen das beste Angebot“.

Martha Kleedörfer kam 1998 in Würzburg zur Welt und wuchs in Wörth am Main auf. Schon als 15-jährige unterstützte sie eine geflüchtete Familie aus Albanien in ihrer Nachbarschaft, dann auch zusammen mit weiteren Schülern und Lehrern Hilfesuchende aus Syrien und dem Kosovo. Das Abitur machte sie in Erlenbach. Im Studium an der FU setzt sie sich jetzt mit Politischer Ökonomie, Arbeitspolitik und Finanzwesen auseinander. In coronagerechten Online-Seminaren wird das politische Verhalten in der Gesellschaft erforscht.

„Als Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Löttsch bin ich oft mit ihr in deren Wahlkreis Lichtenberg unterwegs und organisiere Veranstaltungen“, ist sie froh, praktische Erfahrungen sammeln zu können.

Die wenige verbleibende Freizeit nutzt Martha, Italienisch zu lernen – „Italien inspiriert mich sehr“ – und hin und wieder auf einer Orgel zu spielen – „Am liebsten Filmmusiken wie aus ‚Herr der Ringe‘“. Eine imposante junge Fränkin in Mitte, von der wir noch viel erwarten können.

**Matthias Herold**

**Kurznachrichten**

► **Kaufrausch zugunsten von BioNTech**

BioNTech versetzt Anleger rund um den Globus in einen Kaufrausch. Gute Studienergebnisse des Mainzer Unternehmens lassen auf die baldige Zulassung eines Impfstoffs gegen das Coronavirus hoffen. Die Aktie machte einen Freudensprung. Wohl nicht ganz zufällig residiert die Firma „An der Goldgrube 12“ in Mainz.

► **WBM-Häuser erhalten Solarstrom**

Die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH will gemeinsam mit den Berliner Stadtwerken schrittweise die Dächer ihrer Wohnhäuser mit Solarstromanlagen ausstatten. „So können wir allen Mieter\*innen eigenen Strom anbieten“, heißt es in einem Schreiben an die Bewohner der ersten dafür vorgesehenen Häuser Karl-Marx-Allee 39-41, Lichtenberger Straße 8-9 und Platz der Vereinten Nationen 23-24. Die Mieter werden gebeten, an Hand eines Fragebogens ihre Meinung zu Solarstrom aufzuschreiben, was ihnen dabei wichtig ist. Die Berliner Stadtwerke garantieren mit einem Mieterstrom-Tarif eine sichere Versorgung an 365 Tagen im Jahr. Sollte die Kraft der Sonne einmal nicht ausreichen, wird der Solarstrom vom eigenen Dach mit Ökostrom aus dem Stromnetz ergänzt.

► **Studie zu Coronaantikörpern in Berlin-Mitte vor dem Start**

In Berlin-Mitte werden 2000 Freiwillige vom Robert-Koch-Institut ausgewählt, um an einer Coronavirusantikörper-Studie teilzunehmen. Damit versucht das RKI herauszufinden, wie viele Menschen tatsächlich mit dem Virus infiziert waren. Dadurch sollen auch die Personen gefunden werden, die ohne Symptome infiziert waren.

► **Neue Mühlendammbrücke**

Die 1968 gebaute Brücke soll bis 2030 durch einen Neubau mit Straßenbahn ersetzt werden. Jetzt gibt es Streit über die Zahl der nötigen Autospuren. Der Entwurf der Senatsverwaltung sieht zwei PKW-Spuren und eine Fahrrad-/Busspur in jede Richtung vor. Wegen der geplanten Verkehrswende tritt eine Bürgerinitiative dafür ein, dass die für die derzeit von ca. 60 000 Fahrzeugen täglich genutzte Brücke nur noch jeweils eine Spur für PKWs haben soll.

## Bei anderen gelesen

### ► Den Realitäten ins Auge schauen

Der Frieden ist heute mehr denn je bedroht durch eine Vielzahl bewaffneter Konflikte, Hochtürstung, Volksverhetzung und einen fortgesetzten kalten Krieg. Leben und Gesundheit der Menschen sind durch Krieg und die Corona-Krise größten Gefahren ausgesetzt. Wir erleben einen zivilisatorischen Rückschlag in der Entwicklung der Menschheit. Sowohl auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene sind wir mit einem zunehmenden Rechtsruck konfrontiert bis hin zur Herausbildung faschistischer Strukturen, hat sich in Deutschland die politische Achse der Gesellschaft verschoben. Es geht nicht in erster Linie um die Regierungsfähigkeit der Linken, die eine einzige Friedenspartei dieser Art im Bundestag ist. Vielmehr geht es um ihre klassenkämpferische Identität und Glaubwürdigkeit als Interessenvertreter aller lohnabhängigen und armen Schichten. Sie hat in einer Koalitionsregierung mit Kriegsparteien nichts zu suchen.

„RotFuchs“ Nr. 274 November 2020

### ► Europa eigenständig militärisch?

Die NATO ist als internationale Organisation nicht nur aber eben auch ein Instrument der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn man versuchen würde, Europa eigenständig militärisch, also losgelöst von den USA, aufzubauen, dann würde das eine Verdrei- oder Vervielfachung des Wehretats bedeuten. Die USA fordern seit Jahren mehr militärische Befähigung und Eigenständigkeit.

„Cicero“,

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener** an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

An jedem **ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats** kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

**Linkstreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

# Studie belegt krasse Eigentumsverhältnisse

## Mietenwahnsinn in Mitte verschärft Wohnungsnot

**Wie steht es speziell im Bezirk Mitte mit der Leistbarkeit angebotener Wohnungen (30 Prozent des Haushaltseinkommens) für durchschnittlich verdienende Zwei-Personen-Haushalte? 98 Prozent der angebotenen Wohnungen sind hier zu teuer!**

Das ist ein schlagendes Argument für den Mietendeckel, der seit 23.11.2020 auch für Mietsenkung angewandt werden muss. Zur

Vermögensverwaltungen superreicher Familien. Verschachtelte Firmen und sogar GmbH's für jedes einzelne Haus(!) sollen die Besitzer verstecken. Jahrelange Recherchen des Finanzexperten Christoph Trautvetter zusammen mit Mieter\*innen und Journalist\*innen haben mehr Licht ins Dunkel gebracht.

Die Folgen des Renditehungers von Großinvestoren, der gegenwärtig geradezu in ei-



Betroffene vor Weddinger Heimstaden-Haus demonstrieren für Milieuschutz

Berechnung der „Leistbarkeit“ angebotener Wohnungen in Mitte wurden übrigens vom Webprojekt Mietenwatch.de Tausende von Wohnungen von den Nettokaltmieten über die Nebenkosten bis zur Ausstattung und Lage seit 2018 ausgewertet.

Wie konnte es zu einem derartigen Missverhältnis zwischen Einkommens- und Mietkostenentwicklung kommen? Vor allem der Renditehungers von Großinvestoren auf dem Wohnungsmarkt wirkt sich zerstörerisch auf städtische Wohn- und Sozialstrukturen aus und gefährdet besonders die Milieuschutzgebiete.

Fast die Hälfte Berlins gehört mittlerweile wenigen tausend Multimillionären. Rund 800 000 der etwa 1,75 Millionen vermieteten Wohnungen gehören großen Eigentümer\*innen. Das ist das Ergebnis der kürzlich von Christoph Trautvetter vorgelegten Studie „Wem gehört die Stadt?“

Neben den bekannten großen Eigentümern wie Deutsche Wohnen, Vonovia, der Adler Group, Covivio oder Heimstaden, über die wir auch in der „Mittendrin“ oft berichten, gehören zu den renditeorientierten professionellen Hausbesitzern, viele Anlagengelds oder sogenannte Family Offices als

nen Ausverkauf der Berliner Immobilien mündet, zeigen sich in den bekannten Formen, nämlich

- Umwandlung in Eigentumswohnungen nach einer Abgeschlossenheitsbescheinigung,
- Leerstand, und zwar so lange, bis der erwartete Höchstprofit angeboten wird,
- Luxussanierungen wie z.B. zwei Toiletten, Einbau von Dachgeschossen,
- teure Modernisierungen, die zur Verdrängung bisheriger Mieter führen sollen,
- Umbau zu Mikroappartements, die insgesamt zu weitaus höheren Profiten führen.

Am Beispiel des Heimstaden-Konzerns, der früher als Skjerven Property Management GmbH firmierte, lassen sich diese Investorenmethoden gut verfolgen: Einar Skjerven hat in Berlin u.a. Wohnungen zu insgesamt 280 luxuriösen „Mikroappartements“ umbauen lassen, dazu eine großzügige Lobby mit Concierge, eine hotelartige Lounge, ein privater Fitnessclub und Büros für Start-up-Unternehmen inklusive. Die Kleinwohnungen sollten im Schnitt 8.500 Euro/qm kosten und waren für „digitale Nomaden“ gedacht ...

**Rainer Scholz**

# Frust und Hoffnung

**E**inerseits bin ich optimistisch, andererseits irritiert. 2020 - fast vorbei, ereignisloser als geplant, keine Reise, aber Einsichten, gespartes Geld macht nicht glücklicher. Mein Alltag ist weg, der Winter-Lockdown sichert überall die Maskenpflicht, Medien setzen der politischen Klasse zu. Gesetze sind gut, wenn die Kontrolle funktioniert.

Nachts wird auf dem Koppenplatz gelegentlich gefeiert. Happy ist niemand, die Zeit für banale Sprüche läuft ab. Stimmt es, dass Mittes Gesundheitsverwaltung 1000-fach angestiegene Corona-Verdachtsfälle aus Raum- und Personalmangel nicht mehr erfassen kann? Was soll da das Begehren der Linken-Fraktion, die BVV möge helfenden Soldaten beiderlei Geschlechts das Tragen der Dienstuniform verbieten? Klassenkampf light? Berlins Parteisoldaten an die Virenfront? Immer öfter geht's bei privaten Telefongesprächen vorrangig um Corona. Der Virus breitet sich unbeeindruckt von politischem Sektierertum und Querdenkerei aus, ich spazierte kaum herum, wenn, weiche ich anderen Passanten weiträumig bis auf den Fahrdamm aus. Selbst Friedhöfe sind ein beehrtes Ausflugsziel der Innenstädter, nicht nur deren Autos drängen und stauen sich in schmalen wie breiten Straßen, Radler rasen wie immer, die Straßenbahn ist außerhalb von Stoßzeiten fast leer. Es herrscht düstere Sonntagsstimmung. Ohne das städtische

Publikum, die Interaktion mit Imbiss, Gastronomie, Kino, Theater, Klubleben können selbst geöffnete Frisör-, Klammotten-, Lebensmittel- und andere Läden die Kultur urbanen Wohlbefindens nicht erhalten. Und nirgends ein WC. Mich gruselt vor Menschenleere, bei Dunkelheit bin ich zu Hause, keine gemütlichen Kochabende mit Freunden, selbst der Rosenthaler Platz ist ungastlich. Nicht Wetter schadet der guten Laune, sondern der Zustand der Welt. Und doch geht's allerorten auch weiter: Das Tacheles lässt hoffen, Gebäude wachsen in Rosenthaler- und Invalidenstraße, dort beginnt der radfahrerfreundliche Umbau, der die Fußgänger hoffentlich nicht übergeht, selbst verkommenen Geisterhäusern soll wieder Leben eingehaucht werden, doch jetzt verkleben herbstliche Baumblätter die Gehwege. Ein junger Mann geht vorsichtig an zwei Krücken. Ich rutsche vor



Sonntägliche Ruhe an der Kreuzung Torstraße/Ackerstraße

ihm aus. Ist wachsende Gleichgültigkeit Voraussetzung oder Folge politischer Verdrossenheit? Berlin fehlt Ordnung, das Amt ist da. Der Frust könnte sich im nächsten Herbst als Wahlverhalten outen. Siehe USA.

**Irene Runge**

## USA-Wahlen: Klappe zu – Affe tot?

**I**st die Klappe wirklich zu? Nach Washington zogen Tausende fahnen-schwenkende Trump-Anhänger, oft mit Waffen behängt, um einen Sieg zu feiern, der nur in ihren wirren Köpfen geschah. Erst wenn Joe Biden am 20.1.2021 fest ins Weiße Haus einzieht, endet hoffentlich die Gefahr eines Trump-Putsches. Warum stimmten 73 Millionen für Trump?

Für ihn sind viele Fanatiker, die noch an Noahs Arche glauben, und dass gleichgeschlechtliche Eheleute neben Frauen, die abtreiben, im Höllenfeuer enden. Aber vielfach auch wegen der Ängste von Menschen, die wegen Mietschulden auf der Straße landen können, weil trotz USA-Tradition ihre Kinder es schlechter haben können als sie. Die dafür

Verantwortlichen verstehen es gut, den Ärger darüber statt gegen sich selbst nach unten zu lenken gegen Immigranten, Latinos und immerfort gegen die Schwarzen.

Auch die etwa 78 Millionen Biden-Stimmen kamen weniger aus Begeisterung für ihn oder die Demokratische Partei, der viele kaum mehr trauen. Sie wollten einfach Trump schlagen. Auch erhofften sie endlich Maßnahmen gegen die tödliche Virus-Welle. Doch nicht nur die Trump-Bedrohung und der Virus belasten nun den alten Kopf von Joe Biden. Er muss sich jetzt einsetzen, um zwei Nachwahlen in Georgia für die Demokraten zu gewinnen und damit eine hauchdünne Mehrheit im Oberhaus. Seine „Alte Garde“, wie die Clintons und Obama, drängeln: „Nur

keine linken Wellen schlagen. Suchen wir lieber Kompromisse mit den Republikanern, um Einheit im Lande zu schaffen!“

Linke wie Bernie Sanders meinen dagegen, Biden konnte nur deshalb siegen, weil Schwarze, Gewerkschafter, Latinos und Jugendliche zum Wahlgang drängten, oft von Tür zu Tür. Nun erwarten sie ärztliche Versicherung für alle, freie Hochschulbildung, die Streichung von Studiengebühren, keine Zwangsräumungen, 15 Dollar Mindestlohn, einen Stopp gegen Rassismus und Polizeigewalt, Billionen nicht für Waffen und Krieg, sondern für die Umwelt. Wird ihr Druck eine Wirkung haben? Die Spannung über die Zukunft, nicht nur der USA, bleibt uns allen erhalten!

**Victor Grossman**

**Aus dem Abgeordnetenhaus**

# Berlin bekommt endlich eine\*n Bürger- und Polizeibeauftragte\*n!

**J**eder kennt das vermutlich: man hatte Kontakt mit einem Amt oder einer Behörde, oder auch mit der Polizei. Es gab einen Konflikt oder man ärgert sich über mögliches rechtswidriges oder unzweckmäßiges Verhalten der anderen Seite.

Auch Fälle, in denen Menschen mit anderer Hautfarbe, Muttersprache oder Religion sich ungerecht behandelt oder diskriminiert fühlen, sind jüngst besonders in den Fokus geraten. Wer den sofortigen Gang vor Gericht scheut oder diesem wenig Erfolgschancen beimisst, kann sich in Zukunft an den Bürger- und Polizeibeauftragten wenden. Die Einrichtung einer solchen Funktion hat das Abgeordnetenhaus jüngst nach langen Verhandlungen in der Koalition beschlossen.

Jeder und jede kann sich an diese unabhängige Stelle wenden und hat damit eine Unterstützung beim Umgang mit Petitionen und Beschwerden. Auch Mitarbeiter\*innen oder Polizist\*innen selbst können Probleme

in ihrem Arbeitsumfeld anzeigen und können dabei auf den Schutz ihrer Identität vertrauen. Der oder die Beauftragte verfügt über eine eigene Personalausstattung und kann auch ohne einen konkreten Beschwerdefall tätig werden, wenn Missstände in Verwaltung und Polizei nachzuverfolgen sind.

Die neue Stelle ist kein zahnloser Tiger. Sie wird ähnlich der Datenschutzbeauftragten beim Parlamentspräsidenten angesiedelt, ist regelmäßig in den Fachausschüssen vertreten und verfügt über weitgehende Eingriffsrechte. Er oder sie kann von den Leitungen aller Verwaltungen und Behörden Stellungnahmen und Akteneinsicht verlangen und auf eine einvernehmliche Einigung hinwirken. Die Unabhängigkeit des oder der Beauftragten wird auch dadurch geschützt, dass sie oder er keinen weiteren Erwerbstätigkeiten nachgehen darf.

DIE LINKE hat lange für die Einrichtung des Bürger- und Polizeibeauftragten

gekämpft. Nicht zuletzt die Debatte um die Details hat die Verabschiedung des Gesetzes so lange verzögert. Dabei gibt es bereits seit längerem nationale und internationale Beispiele, aus denen man lernen kann – etwa in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Mit den bekannt gewordenen rechtsextremen Netzwerken in der Polizei, aber auch mit rassistischen Übergriffen bekam unsere Forderung nach einer Beauftragtenstelle neue Nahrung.

Insgesamt ist der oder die Beauftragte ein weiterer Mosaikstein hin zu einer transparenten und bürgernahen Verwaltung. Wir werden bis zum Ende dieser Legislaturperiode auch das Transparenzgesetz auf den Weg bringen, das unseren öffentlichen Sektor zur weitgehenden Veröffentlichung der internen Daten verpflichtet.

**Tobias Schulze**  
MdB



**BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF**  
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin  
Telefon (030) 22 49 45 77  
kontakt@carola-bluhm.de / www.carola-bluhm.de  
Sozial- und Mietenberatung  
Do 16.30–18 Uhr: 3.12. und 17.12.2020

## Wahlkreisbüro Tobias Schulze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

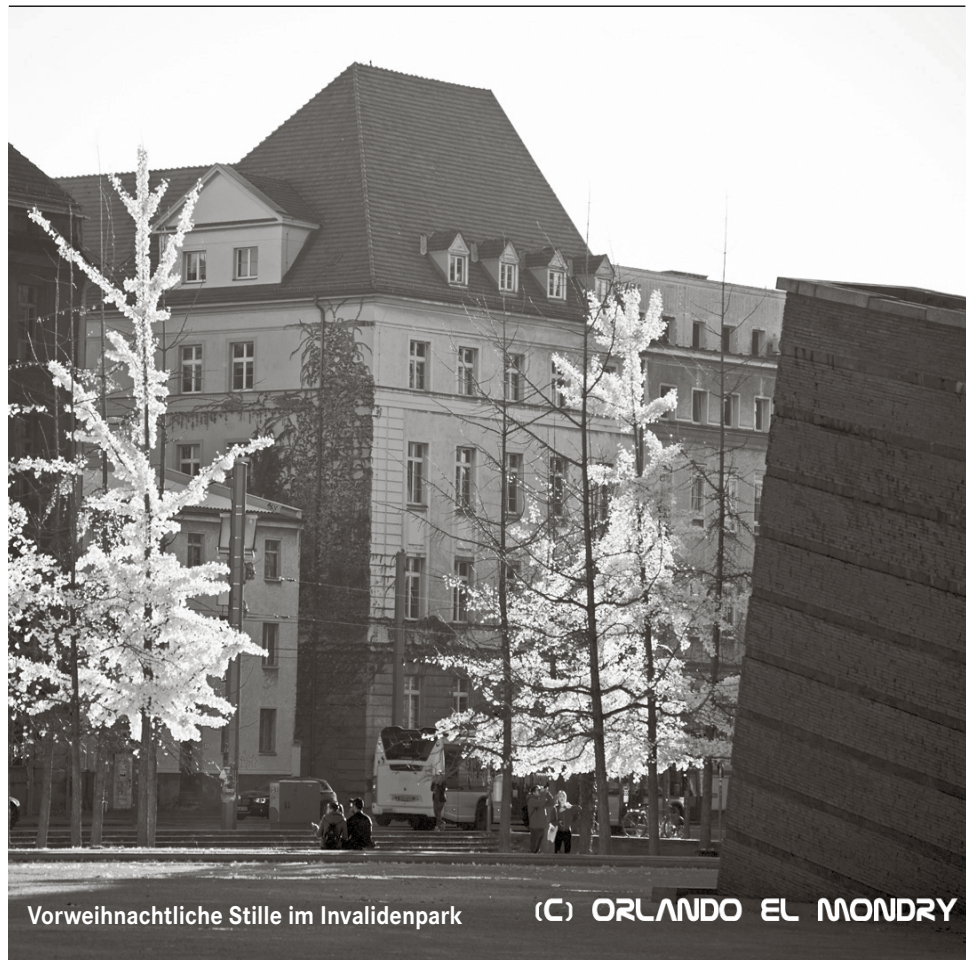
Tegeler Str. 39  
13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449  
Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße  
Während der Öffnungszeiten telefonisch erreichbar.

### Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr  
Mittwoch 13 – 18 Uhr  
Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

buero.schulze@linksfraktion.berlin  
www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE  
www.tobiasschulze.berlin  
Twitter: @sprengbuero



Vorweihnachtliche Stille im Invalidenpark

(C) ORLANDO EL MONDRY

## Das ist das Letzte

Mir reicht es! Nicht, weil die Corona-Hexe meine Lungen quält, nein, meine Seele leidet. Inzwischen gibt es ja mehr Virologen als Patienten. Welche sagen „Die Quarantäne ist zu streng.“ Andere meinen: „Wir sind zu lasch!“ Weihnachten könnten wir lockern, aber Silvester sollten wir zu Hause bleiben. Die Kinder brauchen keine Masken, nur Luftfilter ...

Viele warten auf Impfstoff – andere warnen vor dem „Tod auf Raten“.

Wer folgt den Rattenfängern zur Demo? Ein Drittel Arbeits- und Ratlose. Ein Drittel fühlt sich ruiniert als Eigner aus Industrie, Gastronomie, Tourismus und Kunstschaffen. Das letzte oder erste Drittel sind Führer und Verführte, die unter Wählerschwund leiden. Sie stürmen den Reichstag. Sie werden nicht reingelassen. Sie kommen eine Woche später als Gäste der AfD durch die Hintertür, belagern, beschimpfen und nötigen die Sprecher anderer Parteien. Pfeif auf die Haus- und Staatsordnung!

Der Parlamentspräsident hat protestiert. Gauland entschuldigte sich. Die Anwälte blättern in den Gesetzbüchern. Eigentlich war alles rechtens. Der Außenminister beklagt die „Geschichtsvergessenheit“.

Doch was weiß der Jahrgang 1940 von den Vorgängen 1930? Da war doch auch alles rechtens? Im Untergangsfieber der Weimarer Republik gehörten die Straßen den Nazis. Hindenburg machte „mit Bedenken“ Hitler zum Kanzler. Wenige Jahre später saßen wir im Luftschutzkeller und zählten die Bomber der Alliierten: 1. Welle ... 2. Welle ... Volltreffer nebenan! ...

Frage: Welches Serum gegen Nazismus und Militarismus verordneten die Alliierten in Potsdam und Nürnberg? Wo im Grundgesetz und in den Schulbüchern steht was vom Antifaschismus als Staatsdoktrin?

Die Frage ist nicht: wann und wie kriegen wir die braunkarierten Vereine und ihre rassistischen Propagandaschriften verboten? Die Frage ist: wer hat sie zugelassen? Wer deckt die Auftragsmörder als Einzeltäter?

Ach so: da fehlen Beweise. Es war alles rechtens! Nach wessen Gesetz?

Nach Globke für Hitler oder Globke für Adenauer?

Nein, mir reicht es. Es gibt ringsum zu viel heiße Asche und kalte Tote! Und zu viele blinde und einäugige Lenker. Reißt Euch zusammen gegen die Seuchen dieser Erde!

**Arthur Paul**

## Der Aufbau des NATO-Militärs ...

... geht in Polen und anderen Teilen Europas entlang der russischen Grenzen weiter. Im September erklärte US-General Harrigan auf einer Fachkonferenz öffentlich, die US Air Force habe „selbstverständlich“ Pläne für eine schnelle Eroberung der Region Kaliningrad und übe dies bereits. Am 1. Oktober 2021, so das (vorerst) nur fiktive Szenario einer Studie, begänne ein Krieg in Europa. Die Studie stammt vom durchaus ernst zu nehmenden US-Thinktank International Institute for Strategic Studies. All das und anderes macht deutlich, warum Wissenschaftler die Weltuntergangsuhr auf 100 Sekunden vor 12 stellen.

Nichts ist so wichtig wie der Kampf gegen den Ausbruch eines atomaren Infernos. Viel zu wenig Menschen gehen deswegen auf die Straße. Dennoch ist nicht zu unterschätzen, dass weit über sechzig Prozent der Bevölkerung hierzulande gegen militärische Konfliktlösungen sind. Nur eine in den Parlamenten verankerte Partei in Deutschland verleiht dieser Stimmung Ausdruck: DIE

LINKE. Damit steht sie, in Übereinstimmung mit ihrem Parteiprogramm, gegen die NATO-Bündnisverpflichtungen. Manche wollen diesen Sachverhalt aus dem Weg räumen, der einer Beteiligung der LINKEN an einer Bundesregierung essentiell im Wege steht.

Ohne dass ein Parteitag stattgefunden hat, ohne dass der Leitantrag beschlossen wurde – der vorliegende ist der schlechteste nicht –, ohne dass der neue Vorstand gewählt ist, werden stetig von führenden Genossinnen und Genossen Erklärungen abgegeben, als habe DIE LINKE einen programmatischen Richtungswechsel vollzogen. Es wird gar suggeriert, rote Haltelinien würden in einem Wahlprogramm beschlossen! Ein Wahlprogramm kann kein Parteiprogramm aushebeln. Führende Genossinnen und Genossen orientieren im Wochentakt auf eine rot-rot-grüne Koalition im Bund. Über den Preis wird – trotz entsprechender klarer Forderungen im Februar 2020 auf der Strategiekonferenz in Kassel – nicht geredet. Die Meinung der Basis sollte endlich eingeholt werden.

**Ellen Brombacher**



Feuershow in der „Langen Familiennacht“ im „Ottokar“

### Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Telefon 24 009 336/204

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.11.2020

Ausgabetag für Nr. 01/2021 – 14.01.2021

### Wir gratulieren im Dezember zum Geburtstag!

- Zum 95. Werner Hötling, Hans-Ullrich Wolff
- Zum 92. Wilhelm Schmidt
- Zum 90. Jürgen Gruner
- Zum 89. Ernst Ritschel
- Zum 88. Horst Renz, Kurt Zopf
- Zum 87. Helga Lange
- Zum 86. Edgar Gladitz
- Zum 84. Elisabeth Janowski
- Zum 83. Annerose Kranz
- Zum 80. Arno Lange